

Ausschuß für Innere Verwaltung**Protokoll**

31. Sitzung (nicht öffentlich)

29. Oktober 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.20 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

- a) Ursachen des Todes eines Polizeibeamten nach den Löscharbeiten in Lengerich (Bitte um Auskunft des **Abgeordneten Appel (GRÜNE)**)

1

Staatssekretär Riotte sagt einen schriftlichen Bericht zu.

- b) Sperrung einer Autobahn und Stürmung eines Schrebergartenhäuschens in Köln zur Festnahme einer Person (Bitte der **Abgeordneten Larisika-Ulmke (F.D.P.)** um Auskunft)

1

Staatssekretär Riotte wird die Frage schriftlich beantworten.

2 Anträge zur Ausländerpolitik (s. Anlage 1)

1

Auf Antrag der SPD-Fraktion vertagt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion DIE GRÜNEN die in der Anlage genannten Anträge bis auf die Drucksachen 11/3352 und 11/4032; der zu diesen Themen bestehende Informationsbedarf solle in der nächsten Sitzung befriedigt werden.

3 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Zweiten Berufsbildungs-Zuständigkeitsverordnung (2. Bbi-ZuVo) vom 3. Dezember 1991

Vorlage 11/1612

2

Der Ausschuß nimmt den Entwurf zur Kenntnis.

4 Haushaltsgesetz 1993Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200

Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlagen 11/1505 und 11/1597

Zuschriften 11/1560, 11/1913, 11/1990 und 11/2026

3

Es werden Einzelfragen erläutert.

5 Zügige Umsetzung der Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens "Funktionsbewertung der Schutzpolizei"

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/3463

Vorlagen 11/1046, 11/1132 und 11/1575

Zuschriften 11/1668, 11/1679, 11/1694, 11/1709 und 11/1754

4

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Vertagung auf die nächste Sitzung und der der Vertreterin der F.D.P.-Fraktion, die Anträge ihrer Fraktion dann einzubeziehen, werden mit den Stimmen von SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU angenommen.

6 Künftige Strukturen des Zivilschutzes

6

Staatssekretär Riotte gibt einen Sachstandsbericht. In der sich anschließenden kurzen Diskussion steht die Frage eines Finanzausgleichs bei Übergang der Aufgaben vom Bund auf örtliche Träger im Vordergrund.

7 Berufsordnung für die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure/ Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen in Nordrhein-Westfalen (ÖbVermIng BO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3696

Vorlagen 11/1398, 11/1410, 11/1580 und 11/1600

Zuschriften 11/1920, 11/1921, 11/1922, 11/1923, 11/1926, 11/1929, 11/1945, 11/1982 und 11/2014

9

Der Ausschuß einigt sich zunächst darauf, heute eine erste Lesung durchzuführen.

Die von der Landesregierung vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen wird der Ausschuß übernehmen.

Der heute durchgeführten ersten Lesung soll in der nächsten Sitzung eine Antragsberatung folgen.

8 Zweites Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4436

Zuschrift 11/2031

12

Der Ausschuß will in der ersten oder zweiten Sitzung im Januar 1993 ein Sachverständigengespräch durchführen.

9 Datenschutz

14

Die Behandlung des Unterpunktes b) - Regelmäßige Datenübermittlung der Meldebehörden an den WDR bzw. die GEZ - wird vertagt, da die diesbezügliche Vorlage 11/1672 den Ausschußmitgliedern erst heute zugegangen ist.

10 Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der Verfolgten des Nationalsozialismus

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2827

in Verbindung damit

Bundratsinitiative zur Errichtung einer Bundesstiftung "Entschädigung für NS-Unrecht"

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/2838 (Neudruck)

Vorlagen 11/1058, 11/1063, 11/1188, 11/1411 und 11/1490

Zuschriften 11/1408, 11/1708, 11/1724, 11/1726, 11/1739, 11/1747, 11/1748, 11/1749, 11/1750, 11/1757, 11/1829, 11/1845, 11/1876, 11/1914 und 11/1915

15

Der Ausschuß wird, wie der Vorsitzende zusammenfaßt, so verfahren, wie von Abgeordnetem Appel (GRÜNE) vorgeschlagen, nämlich die Beratung auf die nächste Sitzung zu vertagen, zu der die Landesregierung rechtzeitig die Richtlinien und Vergabekriterien für den von ihr gewählten Härtefonds vorlegen soll, aus.

11 Ergebnisse der Schüler-Kommission (s. Anlage 2)

17

Der Ausschuß einigt sich darauf, das Thema nach erfolgter Verpflichtung wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

12 Terminplanung (s. Anlage 3)

18

Gegen die Terminvorschläge erheben sich keine Bedenken.

4 Haushaltsgesetz 1993

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200

Einzelplan 03 - Innenminister

Vorlagen 11/1505 und 11/1597
Zuschriften 11/1560, 11/1913, 11/1990 und 11/2026

Einleitend nennt der **Vorsitzende** die noch zur Beantwortung anstehenden Themen:

- Einsetzung von Computern im Wach- und Wechseldienst bei der Polizei (s. dazu Vorlage 11/1671);
- Stellungnahme des Innenministers zu den Haushaltsforderungen des BDK (s. hierzu die Vorlage 11/1681).

Die vom **Abgeordneten Frechen (SPD)** vorgetragene Ansicht des BDK, nur die Schutzpolizei werde zum Zwecke der Unterstützung bei Schreiarbeiten mit Computern ausgestattet, verneint **Staatssekretär Riotte (IM)** mit dem Verweis auf S. 4 der Vorlage 11/1671: dort seien neben 8 Millionen DM für die "ADV-Unterstützung des Wach- und Wechseldienstes" 7,5 Millionen DM für die "ADV-Ausstattung Büro", unter die auch die Kriminalpolizei falle, ausgewiesen. Künftig werde ohnehin nicht mehr so genau zwischen Kriminal- und allgemeiner Schutzpolizei unterschieden werden können: "Ermittlung" meine hier beides. Zur weiteren Information verweist Herr Riotte auf Punkt 2.2 der Stellungnahme der Landesregierung in Vorlage 11/1681; die Punkte 3.2 und 4 dieser Vorlage werde er ergänzen lassen.

Nicht abweichen werde der Innenminister von dem Grundsatz des Vorrangs des Wach- und Wechseldienstes.

Abgeordneter Lucas (SDP) erkundigt sich nach der Ausstattung der Dienststellen für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit Computern.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) bittet zu bedenken, daß es bei der Kriminalpolizei oft sehr viel aufwendigere Schriftstücke zu fertigen gelte als bei der

Schutzpolizei; mit der Anmerkung, die Bereiche Schutz- und Kriminalpolizei wüchsen zusammen, sei es da nicht getan.

5 Zügige Umsetzung der Ergebnisse des Kienbaum-Gutachtens "Funktionsbewertung der Schutzpolizei"

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/3463

Vorlagen 11/1046, 11/1132 und 11/1575
Zuschriften 11/1668, 11/1679, 11/1694, 11/1709 und 11/1754

Nach den Worten des **Abgeordneten Paus (CDU)** hält die CDU-Fraktion diesen Punkt seit langem für entscheidungsreif und möchte, da daß vom Innenminister vorgelegte Papier nurmehr wieder die Aufstellung von Möglichkeiten enthalte, wissen, ob die SPD-Fraktion hier jetzt zu ihrer in der Fraktion getroffenen Entscheidung, das Kienbaum-Gutachten zügig umzusetzen, stehe. In der öffentlichen Debatte sei die SPD sogar über die Forderung der CDU nach einer zügigen Umsetzung immer wieder hinausgegangen und habe sich ganz klar für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn - ohne Verzögerung! - ausgesprochen. - **Abgeordneter Frechen (SPD)** bekräftigt das Eintreten der SDP-Fraktion für die zweigeteilte Laufbahn, sieht den Streitpunkt aber in der in dem Antrag erhobenen Forderung der CDU-Fraktion nach einer zeitlichen Festlegung für die Umsetzung der Kienbaum-Studie auf spätestens das Jahr 2000. - "Bis zum Jahre 2000 die Konsequenzen aus dem Kienbaum-Gutachten zu ziehen" heißt laut Interpretation des **Abgeordneten Paus (CDU)** nicht, bis dahin alle Beamten in den gehobenen Dienst zu überführen, sondern nur die, die gemäß Kienbaum eine entsprechende Funktion ausübten.

Abgeordneter Frechen (SPD) verweist auf einen im Auftrag des Bundesinnenministers und des Bundesfinanzministers durch die Besoldungsreferenten des Bundes und der Länder erstellten Entwurf zur Novellierung der Bundesbesoldungsordnung, dessen Verwirklichung die in Nordrhein-Westfalen von der CDU-Fraktion erhobenen Forderungen zu Fall brächte - das Bundesbesoldungsgesetz entfalte Bindungswirkung für die Länder -, denn danach solle der Anteil des gehobenen Dienstes bei der Polizei auf 40 % festgelegt werden. Er bitte um Verständnis, wenn die SPD-Fraktion zu diesen die gemeinsamen Bemühungen aller Fraktionen in Nordrhein-Westfalen